

Beschluss des Landeshauptausschusses am 14. März 2015 in Bad Krozingen

Mehr Chancen durch mehr Freiheit – Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft TTIP

Freihandelsabkommen werden aus einer Vielzahl von Gründen geschlossen, die neben ökonomischen auch (geo-) politische Ziele beinhalten. Aus wirtschaftlicher Sicht sollen die Abkommen den Handel zwischen den Partnern fördern und Beschäftigung und Wohlstand steigern.

Nach einem Bericht der World Trade Organisation (WTO) wurden im Jahr 2013 rund 500 bilaterale und regionale Handelsabkommen der WTO gemeldet. Zusätzlich geht die WTO davon aus, dass weitere 100 Freihandelsabkommen bereits in Kraft getreten sind, deren Meldung der WTO noch nicht vorliegen.

Als langjähriger Partner der Europäischen Union sind die Vereinigten Staaten von Amerika ein natürlicher Ansprechpartner, um die bestehenden politischen und wirtschaftlichen Verbindungen zu stabilisieren und zu vertiefen. Das Ziel der Wohlstandssteigerung soll mit dem TTIP-Abkommen, gerade in diesen für viele europäische Staaten wirtschaftlich schwierigen Zeiten, Wachstums- und Beschäftigungsimpulse bringen, ohne deren Staatshaushalt zusätzlich zu belasten.

Zusätzlich muss betont werden, dass das TTIP vor allem positive Effekte für den Mittelstand in Deutschland bringen wird. Große Konzerne konnten bereits in der Vergangenheit Handels- und Zollhemmnisse beispielsweise durch Tochterunternehmen an regionalen Standorten umgehen oder Zulassungs- und Entwicklungskosten für andere Märkte leichter finanzieren. Die neuen Chancen für kleinere und mittlere Unternehmen durch den Abbau von Zöllen, der Harmonisierung von industriellen Normen und Zulassungsverfahren sind damit im Vergleich größer.

Dabei wird speziell Baden-Württemberg von einer Transatlantischen Partnerschaft profitieren. Die USA sind für Baden-Württemberg nach wie vor der wichtigste Handelspartner noch vor Frankreich und China. Bereits heute stammen 10% der baden-württembergischen Exporteinnahmen aus dem Handel mit den USA. In konkreten Zahlen waren es 18,6 Mrd. Euro im Jahr 2013. Geht man von einem moderaten Wohlstandsgewinn in Deutschland aus (für viele europäische Länder werden höhere Wohlstandszuwächse erwartet), so werden die Chancen für Baden-Württemberg im Vergleich zu den anderen Bundesländern deutlich höher sein: Die Bundesregierung geht davon aus, dass durch einen Abbau der tarifären Handelshemmnisse (bspw. Einfuhrzölle) und nicht-tarifären Handelshemmnissen (beispielsweise unterschiedliche Zulassungsverfahren von Produkten) insbesondere der Fahrzeugbau, der Chemiebereich sowie der Maschinenbau profitieren würden – alles Wirtschaftszweige, die in Baden-Württemberg besonders stark vertreten sind.

Möglichkeiten für Mensch und Umwelt

Das Freihandelsabkommen mit den USA ist im Bereich des Verbraucher- und Umweltschutzes mit Ängsten behaftet. Die Angst vor unhygienischem Rohmilchkäse ist in den USA so verbreitet wie die Angst der Deutschen vor mit Chlor desinfiziertem Hühnerfleisch. Und glaubt man den Lebensmittelexperten beider Länder sind beide Ängste gleichermaßen überzogen.

Verbraucher- und Umweltschutzstandards sind in Deutschland und in der EU gewachsen und begründen ein hohes Vertrauen der Bevölkerung gegenüber in Deutschland gehandelten Waren. Aber auch die Amerikaner haben Standards, welche teilweise höher sind als die deutschen oder europäischen. Die US Food and Drug Administration gilt als die mächtigste Verbraucherschutzbehörde weltweit. Sie kontrolliert die Sicherheit von Lebensmitteln, Kosmetika und Medikamenten. Und speziell im letztgenannten Bereich sind die amerikanischen Standards den europäischen voraus.

Statt aus nationaler Sicht das Abkommen als einen Angriff auf die deutschen und europäischen Standards zu sehen, kann man es auch als Chance begreifen: Die Chance alte, gewachsene Standards auf den Prüfstand zu stellen und global einen neuen Maßstab nach westlicher Prägung zu schaffen.

Letztlich handelt es sich bei TTIP um einen Vertrag zwischen zwei gleichberechtigten Parteien. Die gegenseitige Anerkennung und die Entwicklung neuer Standards für zukünftige Produkte sollten im Vordergrund stehen. Die Verhandlungen bieten die Möglichkeit, aber auch Bewährtes zu verteidigen: Deutschland oder die EU müssen dann klarstellen, welche Umwelt- und Verbraucherschutzstandards nicht verhandelbar sind und diese vom Vertrag ausnehmen. Ziel ist eine Angleichung der Schutzvorschriften auch im Bereich der Arbeitsrechtsnormen. Hier befürchten deutsche Gewerkschaften ein Absinken der Standards, während amerikanischen Gewerkschaften darauf hoffen die arbeitsrechtlichen Bedingungen an das europäische Niveau angleichen zu können. Auch im Bereich des Berufsrechts gilt es die Verhandlungen aktiv zu begleiten. Speziell im Bereich des Handwerks verfügt Deutschland über ein weltweit einmaliges und erfolgreiches Berufs- und Ausbildungsrecht, welches unbedingt schützenswert ist!

Verhandlungsführung – aus Fehlern lernen

Um die Verhandlungen erfolgreich abschließen zu können brauchen wir kompetente, engagierte Vertreter der Länder und Bürger. Die Vorschriften des Lissaboner Vertrags über die Arbeitsweise der europäischen Union bestimmen die Rahmenbedingungen für das Verhandlungsmandat zum TTIP. Das Mandat ist genau definiert, die Inhalte bekannt. Auch wurden von Beginn an Informationspflichten der Verhandlungsführer gegenüber den handelspolitischen Ausschüssen des Rats sowie des Parlaments geregelt.

Die Information der Politik ersetzt jedoch nicht die Information und Diskussion mit den Menschen. Die Ablehnung der Bürgerinnen und Bürgern gegenüber Verhandlungen, die sie nicht unmittelbar nachvollziehen können war der Nährboden für Fehlinformationen und Skepsis gegenüber dem gesamten Vertrag. Diese Umstände hat der ehemalige Handelskommissar De Gucht nicht nur unterschätzt – mehr Transparenz gab es erst zu spät.

Inzwischen ist das „Wie“ der Verhandlungen für die allgemeine Akzeptanz ebenso wichtig wie das „Was“.

Unter der neuen Handelskommissarin Cecilia Malmström wurden wichtige Änderungen eingeführt. Seit Anfang 2014 begleitet eine sogenannte Beratergruppe die Verhandlungen. Diese besteht aus Experten in den Bereichen Verbraucherschutz, Arbeitsrecht, Umwelt, Gesundheit, Wirtschaft, verarbeitende Industrie, Landwirtschaft und Dienstleistungen. Es finden regelmäßig Veranstaltungen mit Vertretern der Gewerkschaften, der Verbraucherverbände, der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft statt, um die Interessen und Bedürfnisse aller Betroffenen zu verstehen und dementsprechend in den Verhandlungen reagieren zu können. Auch im Internet findet man detaillierte Informationen über den Verhandlungsfortschritt und die einzelnen Kapitel.

Letztlich muss das, was am Ende zur Entscheidung vorliegt, die Zustimmung des europäischen Parlaments finden. Wir Freien Demokraten wissen, dass unsere Vertreter im europäischen Parlament den Vertrag prüfen und ihre Entscheidung abwägen werden und am Schluss zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger Europas die richtige Entscheidung treffen werden.

Investitionsschutzabkommen – neue Chancen auch für deutsche Unternehmen

Auch mögliche Differenzen zwischen Wirtschaft und Staaten sollen im Freihandelsabkommen geregelt werden. Aber genau diese sog. Investitionsschutzklauseln stoßen gerade in der deutschen Bevölkerung auf massive emotionale Ablehnung. Mit einer Investitionsschutzklausel verpflichten sich Staaten oder Staatengemeinschaften Schiedsgerichte als alternative Klagemöglichkeit neben dem ordentlichen Rechtsweg zu akzeptieren.

Die Schiedsgerichtsbarkeit – wie sie mit dem Investitionsschutzabkommen eingerichtet werden soll – hat in Deutschland eine bewährte Tradition. Die Schiedsgerichtsbarkeit hat auf europäischer und globaler Ebene dazu beigetragen, dass die Rechtssicherheit größer geworden ist. Weltweit existieren rund 3000 bilaterale Investitionsschutzabkommen. Allein 1400 von europäischen Staaten, Deutschland selbst hat bereits 137 Abkommen abgeschlossen. Nicht nur Deutschland, auch Europa hat daher vielfältige Erfahrungen mit dem Abschluss von Investitionsschutzabkommen – zugunsten der europäischen Staaten.

Das bedeutet natürlich, dass an die Einrichtung der Schiedsgerichte Anforderungen gestellt werden müssen. Im Ergebnis müssen diese ebenso sorgfältig und unabhängig arbeiten wie unsere eigenen Gerichte auch. Dies setzt die Auswahl unabhängiger Schiedsrichter zwingend voraus.

Es ist in unserem Interesse, dass sich unsere Partner aus weniger rechtssicheren Ländern – dazu verpflichten, sich auf neutrale Schiedsgerichte einzulassen. Dieses Interesse können wir jedoch nur dann durchsetzen, wenn auch wir zeigen, dass wir diesen Gerichten vertrauen. Nicht umsonst bestand die EU in vergangenen Verhandlungen um Freihandelsabkommen auf Schiedsgerichte.

Nachdem die Kommission die Öffentlichkeit gebeten hatte, ihr Rückmeldungen zu den umstrittenen Investor-Schiedsverfahren zu geben, arbeitet sie nun an einem verbesserten Vorschlag, der u.a. die Kritik einer fehlenden Revisionsinstanz im aktuellen Investor-Schiedsverfahren aufgreifen und optimieren wird.

Wichtig ist, dass nicht der Anschein entsteht, diese Verfahren würden hinter verschlossenen Türen stattfinden. Gerade wenn Staaten involviert sind, hat die Öffentlichkeit ein berechtigtes Interesse zu erfahren wie die Verfahren laufen und was die Ergebnisse der Verfahren sind. Um dies zu gewährleisten, existiert im Investitionsschiedsverfahren grundsätzlich keine generelle Vertraulichkeitspflicht der Parteien. So kann der betroffene Staat seine Bürger über den Verlauf der Verhandlungen und deren Ergebnisse informieren.

In der Praxis hat sich sogar gezeigt, dass Investitionsstreitigkeiten meist „öffentlicher“ geführt werden als andere Verfahren. In der Praxis sind die meisten Schiedssprüche heute für jedermann frei zugänglich sind. Damit gehen die dort vermittelten Informationen weit über das hinaus, was beispielsweise im deutschen Zivilprozessrecht vorgeschrieben ist.

Rat zur Regulatorischen Kooperation mittelstandsfreundlich gestalten

Mit dem Regulatory Cooperation Council soll ein Gremium geschaffen werden, das zukünftige Regulierungsvorhaben zwischen den USA und Europa abstimmt, um so Konfliktpotentiale bereits im Vorfeld zu erkennen und auszuräumen. Grundsätzlich ist ein solches Gremium begrüßenswert, da etwa Zertifizierung- oder Normungsprozesse bereits in einer frühen Phase auf Praxistauglichkeit geprüft werden können. Es muss jedoch sichergestellt werden, dass in diesem Regulierungsgremium die Interessen der klein- und mittelständischen Unternehmen vertreten werden. Dies ist unverzichtbar, da große Industrieunternehmen häufig abweichende Standards bezüglich Kennzeichnungspflichten oder der Anerkennung von Zollvereinfachungsprogrammen und Zollsicherheitsprogrammen haben.

Mit Herz und Verstand handeln und verhandeln – Die Chance in der Freiheit sehen

Auch wenn das Verhältnis zwischen den USA und Europa, gerade in der jüngsten Vergangenheit, auch einige Unstimmigkeiten aufwies, die Abhörungspraktiken der NSA um nur ein Beispiel zu nennen: Die USA war und ist ein traditioneller und zuverlässiger Partner Deutschlands und Europas. Diese Verbindung zu vertiefen birgt für beide Seiten Chancen: Europa erhält neue Impulse für Wirtschaftswachstum und die historische Chance gemeinsam mit den USA weltweit bessere Standards zu setzen und so für die globale Bevölkerung höhere Lebensstandards zu erzielen. Deutschlands Wirtschaft kann neue Wachstumsmärkte für sich erschließen und Baden-Württemberg wird von einer vereinheitlichten Zulassung seiner Produkte in den großen Markt der USA profitieren.

Für die Freien Demokraten ist es selbstverständlich, dass im Bereich des Umwelt- und Verbraucherschutzes qualitativ keine Abstriche gemacht werden dürfen. Das von der EU-Kommission definierte Vorsorgeprinzip muss uneingeschränkt beibehalten werden. Es ist sicherzustellen, dass das hohe Schutzniveau für Menschen und Umwelt erhalten bleibt. Die

Verhandlungen müssen transparent gestaltet sein, die Bürger müssen auf dem Weg mitgenommen werden. Wir stehen für eine sachliche Debatte und konsequenten Verhandlungen mit den USA. Auf der anderen Seite wollen wir unbegründeten Ängsten mit Aufklärung begegnen. Immer dann, wenn Deutschland und Europa den Freihandel vorangetrieben haben, hat Baden-Württemberg profitiert: **Freihandel hat für unternehmerische Chancen gesorgt, Wohlstand geschaffen und Beschäftigung gesichert.**

Für uns entscheidet das Ergebnis – enthält der fertige TTIP Vertrag diese Kriterien, werden wir diesem zustimmen. Bis dahin, sollten wir Freien Demokraten dem Projekt aufgeschlossen und positiv gegenüberstehen!